

II-- 5032 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 20. April 1979  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. 30.037/79-V/3/79

2372/AB

1979-04-20

B e a n t w o r t u n g  
=====

zu 2371/13

der Anfrage der Abgeordneten Fr. Ermacora, Dr. Schwimmer  
und Genossen betreffend Aufhebung des Arbeiterkammerwahl-  
gesetzes - Novelle und Vorbereitungsmaßnahmen

Zu Punkt 1 der Anfrage

"Welche Maßnahmen haben Sie zur Durchführung der für ver-  
fassungswidrig erklärten Bestimmungen des Bundesgesetzes  
schon ergriffen, das in verfassungswidriger Weise einer  
Gruppe von Arbeitnehmern das Wahlrecht zu Vertretungs-  
organen entzogen hat ?"

nehme ich wie folgt Stellung:

In Durchführung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 519/1978  
habe ich die Verordnung BGBl. Nr. 40/1979 erlassen, mit  
der die Verteilung der auf die einzelnen Wahlkörper der  
Arbeiterkammern entfallenden Kammerratsmandate in § 4 der  
Arbeiterkammer-Wahlordnung vorgenommen wurde. Diese Rege-  
lung wurde im Hinblick auf die mit Kundmachung BGBl. Nr.  
47/1979 erfolgte Aufhebung des Bundesgesetzes BGBl. Nr.  
519/1978 durch die Verordnung vom 8.2.1979, BGBl.Nr.48,  
ersetzt.

Für den Bereich der Selbstverwaltung ergab sich aus dem  
Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 519/1978 die  
Notwendigkeit, jene Personen zu erfassen, die ab 1.11.1978  
nicht mehr kammerzugehörig waren, um zu vermeiden, daß  
ihnen die Arbeiterkammerzulage zu Unrecht abgezogen bzw.  
ihren Dienstgebern zu Unrecht vorgeschrieben wurde. Die  
Ermittlungen führten die gesetzlich für die Einhebung der  
Arbeiterkammerzulage zuständigen Krankenversicherungs-  
träger einheitlich auf Grund einer Empfehlung durch, die

2 -

der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger im Einvernehmen mit dem Österreichischen Arbeiterkammertag erlassen hat.

In diesem Zusammenhang war auch eine Ergänzung der Meldungsformulare in Richtung einer Spezifizierung des Dienstgeberbegriffs bei juristischen Personen vorgesehen, die sich jedoch aufgrund der inzwischen erfolgten Aufhebung dieser Gesetzesbestimmung erübrigt. Die Meldungsformulare, die die Krankenversicherungsträger zur Durchführung der Versicherung auflegen, bleiben daher inhaltlich unverändert und werden in der bisherigen Form auch weiterhin zur Erstattung der Meldungen durch die Dienstgeber verwendet werden.

Der Hauptverband hat ferner im Einvernehmen mit dem Österreichischen Arbeiterkammertag unmittelbar nach Bekanntwerden des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes den Krankenversicherungsträgern empfohlen, alle jene Dienstgeber, die seinerzeit angeschrieben worden sind, zu verständigen, daß ab dem 1.2.1979 u.a. § 5 Abs. 2 lit. h des Arbeiterkammergesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 519/1978 aufgehoben worden ist und somit Ehegatten und nahe Angehörige des Dienstgebers wieder kammerzugehörig sind.

#### Zu Punkt 2 der Anfrage

"Wo sind Daten jener Personen gespeichert, die von dem genannten Bundesgesetz bis zu seiner Aufhebung betroffen waren?"

nehme ich wie folgt Stellung:

Die Dienstgeber waren schon bisher aufgrund des verbindlichen Inhaltes der Meldungsformulare u.a. verpflichtet, anzugeben, ob zu einem Dienstnehmer ein Verwandtschaftsverhältnis besteht bzw. ob eine Firmenbeteiligung des Dienstnehmers vorliegt. Diese Angaben sind erforderlich, um beurteilen zu können, ob ein die Pflichtversicherung

- 3 -

begründendes Dienstverhältnis vorliegt oder ob die Tätigkeit lediglich im Rahmen des Familienverbandes ausgeübt wird. Die im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 519/1978 vorgenommene Sondererhebung hatte zum Ziel, fehlende, für die Beitragsleistung relevante Fälle zu erfassen bzw. zu prüfen, ob seit der Erstmeldung Änderungen eingetreten sind. Es sind mit der erwähnten Erhebung grundsätzlich keine, nicht auch schon bei der Anmeldung verlangte zusätzliche Informationen erbeten worden.

Die Daten, die aufgrund der Erfassung der zwischen dem 1.11.1978 und 31.1.1979 nicht arbeiterkammerzugehörigen Personen gewonnen worden sind, werden - ebenso wie alle anderen Daten angefangen von Namen, Geburtsdatum, Staatszugehörigkeit, Adresse, Bezeichnung der Tätigkeit, bis zu den Fragen nach welchem Gesetz das Arbeitsverhältnis geregelt ist, wie hoch das Entgelt ist, ob die Sozialversicherungsbeiträge vom Entgelt abgezogen werden, wieviele Tage, Stunden durchschnittlich in der Woche beschäftigt usw. -, in den sogenannten Meldevidenzen der Krankenversicherungsträger vermerkt. Dieses Datenmaterial ist auch schon vor dem Beschluß des Datenschutzgesetzes vor mißbräuchlicher Verwendung durch die Verschwiegenheitspflicht gemäß § 460a ASVG, der die Sozialversicherungsbediensteten ebenso wie die Funktionäre unterliegen, gesichert.

Die Arbeiterkammern selbst wurden nur über das zahlenmäßige Ergebnis der Sondererhebung informiert, die ermittelten Daten über die Verwandtschaftsverhältnisse verbleiben hingegen bei den Krankenversicherungsträgern.

Auch bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse für die am 10. und 11. 6. 1979 stattfindenden Arbeiterkammerwahlen haben die Krankenversicherungsträger hinsichtlich jener Dienstnehmer, die zwischen dem 1.11.1978 und 31.1.1979 von der Kammerzugehörigkeit ausgenommen waren, nur die

- 4 -

Daten verwendet, die für die ordnungsgemäße Erfassung der übrigen Dienstnehmer erforderlich waren. Hinweise über das Verwandtschaftsverhältnis sind somit im Datenbestand über die Wahlberechtigten nicht enthalten.

Zu Punkt 3 der Anfrage

"Welche Vorkehrungen hat der Bundesminister getroffen, um solche Daten zu löschen und wie lauten entsprechende Anordnungen?"

nehme ich wie folgt Stellung:

Nach den Weisungen für die Rechnungslegung und Rechnungsführung der Sozialversicherungsträger sind nach der derzeitigen Rechtslage u.a. Meldungen durch fünf Jahre hindurch aufzubewahren. Dies gilt auch für die von den Dienstgebern erstatteten Meldungen für die in der Zeit vom 1.11.1978 bis 31.1.1979 aufgrund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 519/1978 von der Arbeiterkammerzugehörigkeit ausgenommenen Personen. Eine Vernichtung dieser Informationen vor Ablauf dieser Frist ist nach den derzeitigen Bestimmungen unzulässig. Da diese Meldungen auch zum Nachweis für die Berechtigung, in dieser Zeit keine Kammerumlage einzuheben, dienen, sehe ich keine Veranlassung, Maßnahmen zur Änderung der Aufbewahrungsfrist für diese Meldungen in die Wege zu leiten.

Der Bundesminister:

